



SPD Fraktion im
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt Dortmund

An die
Dortmunder Medien

25.05.07

SPD und Grüne kritisieren SGBII-Ausführungsgesetz – Einheitliche Landesregelungen bei Kosten der Unterkunft könnten ALGII- Empfängern schaden

„Die Landesregierung hat einen Großangriff auf die kommunale Selbstverwaltungsgarantie gestartet und beabsichtigt, zahlreiche kommunale Selbstverwaltungsaufgaben in Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung umzuwandeln.

Die Auflösung der Versorgungsämter oder das SGBII-Ausführungsgesetz sind da nur zwei Beispiele.

Das Land will die Kommunen offenbar an die Kette legen und aus Düsseldorf steuern. Das kann nur zur Lasten der Bürgerinnen und Bürger gehen.“, vermuten **SPD-Ratsmitglied Michael Taranczewski**, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, und die **Grüne-Ratsfrau Birgit Unger**, Vorsitzende des Sozialausschusses, nichts Gutes hinter dem Gesetzesentwurf der Landesregierung zu einem SGBII-Ausführungsgesetz.

Mit diesem Gesetz mischt sich das Land schon mit Bund und Kommunen regulierten ARGEN ein und schafft dort weitere bürokratische Strukturen.

Das Land würde zukünftig die Art und Weise und insbesondere den finanziellen Umfang der Aufgabenerledigung der kommunalen Aufgaben in der ARGE bestimmen.

Davon sind insbesondere die Kosten der Unterkunft aber auch die psychosozialen Beratungsleistungen betroffen.

„Wir sind sehr froh, dass die ARGE Dortmund ans laufen gekommen ist und nach den Startproblemen kundenfreundlich aufgestellt ist.

Wir können nicht erkennen, inwieweit das Land als dritter Akteur hier hilfreich sein könnte. In 2007 erstattet das Land den Kommunen insgesamt rund 350 Mio € ab 2008 nur noch rund 303 Mio €

Die erhöhte Mehrerstattung in 2007 wurde den Kommunen lange vorenthalten und wird einmalig jetzt nacherstattet. Ein sehr merkwürdiges Verfahren.“, sieht SPD-Ratsmitglied Michael Taranczewski die finanzielle Seite des SGBII-Ausführungsgesetzes skeptisch.



SPD Fraktion im
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt Dortmund

Die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen befürchten bei den Kosten der Unterkunft Verschlechterungen für die betroffenen Menschen.

„Einheitlichen Vorgaben aus Düsseldorf zur Umsetzung der Kosten der Unterkunft werden den spezifischen Wohnungsbelangen der einzelnen Kommunen nicht gerecht.

Gerade in Dortmund haben wir ein angemessenes und funktionierendes Verfahren zur Gewährung der Kosten der Unterkunft geschaffen, das Vorbildcharakter hat und soziale Härten berücksichtigt.

Das lassen wir uns vom Land nicht durchkreuzen.“, so Birgit Unger weiter.

Die SPD-Ratsfraktion Dortmund und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schließen sich dem starken Protest des Städtetages NRW gegen das SGBII-Ausführungsgesetzes NW an und fordern die Landesregierung zum Einlenken auf.